

Bühne frei für Anouk: Mit einem Ruck schiebt die 15-Jährige ihren Stuhl zur Seite, der Küchenboden wird zur Tanzfläche, das Tablet auf dem Essisch zur Jukebox der heimischen Disco. Die Stimme ihres Idols Gjon's Tears erklingt, Anouk schliesst die Augen, schaukelt hin und her, wirft die Arme in die Luft und schickt Kusshände in Richtung Bildschirm.

Anouk Åström – fröhlich, aufgeweckt, Trisomie 21 – ist erst vor wenigen Augenblicken von der Schule nach Hause gekommen. Sie trägt noch die Kleider aus dem Sportunterricht, eine Trainerhose und ein knallrotes T-Shirt mit einem Foto ihres Lieblingsängers. Anouk besucht die erste Oberstufe. Doch Kinder wie sie sind für die Volksschule eine Herausforderung.

Das Mädchen ist mal Teenie und mal Kleinkind. Beim Gespräch hält sie die Hand ihrer Mutter und beteuert mehrfach ihre Liebe zu Gjon's Tears und zu Plüschhund Balti. Für den freien Samstag hat sie schon Pläne geschmiedet: vormittags basteln mit Vater Jörgen, abends Chips und Kino mit Mutter Karin (die in diesem Moment zum ersten Mal davon erfährt). Anouk, so viel steht fest, weiss genau, was sie will. Ihre Lieblingsfarbe: «Blau, Lila, Rot und Gold.» Ihr Lieblingsbuch: «Frozens». Ihr Lieblingsessen: «Chips und Pommes frites». Ihre Lieblingsbeschäftigung: «zeichnen, malen, tanzen – und Jungs».

In der Schweiz sollen, wenn möglich, alle Kinder den Regelunterricht besuchen. Auch Kinder wie Anouk und auch solche mit Lernschwäche, Verhaltensauffälligkeiten oder ADHS. Das steht im Grundsatz so in der Bundesverfassung. Und das hat der Kanton Zürich 2005 mit einer klaren Mehrheit zum neuen Volksschulgesetz beschlossen. Das vermeintliche Ende der Kleinklassen war eingeläutet und Zürich damit Teil eines schweizweiten Trends: weg vom separierten, hin zum integrierten Unterricht. Das Versprechen: mehr Diversität, mehr Gleichheit, bessere Bildungschancen. Doch nun droht dieses System an der Realität zu scheitern.

Die Eltern: unzufrieden. Die Lehrer: auf den Barrikaden. Die Bevölkerung: dagegen. Und die Bildungspolitik: ratlos. Das ist der Status der integrativen Schule. Er lässt sich – nicht nur im Kanton Zürich – in einem Wort umschreiben: Dauerkrise. In Basel will eine Volksinitiative der Integration ein Ende bereiten. In der Waadt wurde eine Regierungsrätin auch im Zusammenhang mit solchen Bestrebungen abgewählt. In Nidwalden erklärte die SVP «Problem-Schüler» zum Wahlkampfthema. Und in Zürich zeigte Anfang Jahr eine Umfrage im Auftrag der NZZ, dass eine deutlich Mehrheit der Stimmberechtigten für die Rückkehr zu den Kleinklassen ist.

In Anouks Schullaufbahn lief auf den ersten Blick vieles gut. Sie besuchte eine integrative Kita und danach neun Jahre lang den Regelunterricht in der Volksschule. Während dieser Zeit hatte sie fast immer eine Heilpädagogin oder eine pädagogische Mitarbeiterin an ihrer Seite, die sie eins zu eins betreute und ihr eine massgeschneiderte Unterstützung im Unterricht bot. Doch so einfach und konfliktfrei, wie das heute klingt, war es nicht. Schon vor dem ersten Übertritt von der Kita in den Kindergarten hätten die Behörden die Integration infrage gestellt. So erzählten es Anouks Eltern. Was folgte, war ein bürokratischer Hindernislauf, der die Familie zwischen Schule, Gemeinde, Kinderärztinnen und Schulpsychologen hin und her trieb. Nur dank der Unterstützung eines engagierten Schulleiters habe die Gemeinde schliesslich die nötigen Gelder gesprochen.

Der Kampf um Ressourcen, die Überlastung der Lehrpersonen, der Flickenteppich an Bestimmungen – die Familie Åström hat die Hürden des integrativen Unterrichts in den letzten Jahren kennengelernt. Vater Jörgen sagt: «Warum muss das alles so verdammt schwierig sein?» Es ist eine Frage, die Heilpädagoginnen, Lehrer und Erziehungswissenschaftlerinnen umtreibt. Die einen fordern mehr Stellen und mehr Personal, die anderen verorten ein tiefer liegendes Problem im Schulsystem. Eine einfache Antwort findet niemand.

Maria Müller kann die Wut in ihrer Stimme nicht unterdrücken. Seit über 20 Jahren ist sie Heilpädagogin in einer Zür-

Die wütende Heilpädagogin

Der Kampf um Ressourcen, die Überlastung der Lehrpersonen, der Flickenteppich an Bestimmungen – die Familie Åström hat die Hürden des integrativen Unterrichts in den letzten Jahren kennengelernt. Vater Jörgen sagt: «Warum muss das alles so verdammt schwierig sein?» Es ist eine Frage, die Heilpädagoginnen, Lehrer und Erziehungswissenschaftlerinnen umtreibt. Die einen fordern mehr Stellen und mehr Personal, die anderen verorten ein tiefer liegendes Problem im Schulsystem. Eine einfache Antwort findet niemand.

Maria Müller kann die Wut in ihrer Stimme nicht unterdrücken. Seit über 20 Jahren ist sie Heilpädagogin in einer Zür-



Anouk Åström mit ihren Eltern Jörgen und Karin. Die Familie hat auch keine einfache Antwort auf die Frage, wie eine schulische Eingliederung gelinge.

Die integrative Schule droht an der Realität zu scheitern

Anouk ist 15 und hat Trisomie 21. Kinder wie sie werden immer häufiger in regulären Klassen unterrichtet. Doch das System steckt in der Krise. Von Giorgio Scherrer und Nils Pfändler (Text) und Karin Hofer (Bilder)

cher Landgemeinde und sagt: «25 Kinder pro Klasse, sieben von ihnen auffällig – und ich bin nur einen halben Tag pro Woche da. Wie, bitte, soll das gehen?» Maria Müller heisst eigentlich anders. Sie ist überzeugt, dass sie Probleme mit ihrer Schulgemeinde hätte, wenn herauskäme, dass sie die Zustände im Unterricht öffentlich kritisiert. Aber sie kann nicht anders. «Wir haben zu grosse Klassen, zu wenige Heilpädagogen und zu wenig Zeit mit den Kindern», sagt Müller. «Es macht mich einfach hässig!»

Da ist sie nicht die Einzige: Was sie kritisiert – überlastete Lehrpersonen, zu wenig Unterstützung bei der Integration –, das kritisiert auch der kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverband ZLV. Und was sie fordert – «mehr Ressourcen!» –, das fordert auch der Verband. Wofür es diese braucht? Müller, die vor allem auf Kindergartenstufe arbeitet, zählt auf: «Die einen Kinder können kein Deutsch, die anderen kennen von zu Hause keine Regeln, null. Andere wissen nicht, wie man Spiele spielt. Dann gibt es die, die

sich nicht selbst anziehen können oder hoch in den Windeln kommen.» Müller holt kurz Luft, ringt um Fassung. Dann sagt sie ganz ruhig: «Die Politiker und die Verantwortlichen in der Verwaltung, die haben keine Ahnung, was das für ein Aufwand ist. Und wie die Anforderungen an uns in den letzten Jahren gestiegen sind.»

Integrativer Unterricht, findet Müller, könnte durchaus funktionieren. Aber nicht so, wie er gegenwärtig aufgestellt sei. Das heutige System werde schön-geredet, um eine Rückkehr zu den Kleinklassen zu verhindern. «Die Integration wird um jeden Preis durchgewürgt – aber bei den Mitteln dafür spart man», sagt Müller. Es fehle schlicht an Personal. «Ich bin nur einen Morgen pro Woche da, den Rest der Zeit muss die Klassenlehrerin mit den schwierigen Kindern auskommen. Die ist aufgeschmissen – keine Chance!»

Doch ist mehr Geld wirklich die Lösung für die Krise der integrativen Schule? Das Problem der integrativen

Schule lässt sich in zwei Grafiken zusammenfassen. Die eine (rechts unten) sieht aus wie eine Ziehharmonika: bei den Extremen weit auseinander und dazwischen zusammengeknautscht. Die Grafik zeigt die Anzahl Kinder, die an Zürcher Schulen sonderpädagogisch gefördert werden, von 2004 bis heute. Zu Beginn sind es viele, fast 8000, die meisten von ihnen in einer Kleinklasse. Dann, mit der Einführung der integrativen Schule, nimmt die Anzahl Kleinklässler bis 2010 rasant ab. Sie werden in die Regelschulen integriert, und es scheint, als sinke damit auch der Förderbedarf.

Dann beginnt die Trendwende. Während die Anzahl Sonderschüler und Kleinklässler stabil bleibt, explodiert die Anzahl geförderter Kinder in den Jahren darauf wieder, bis sie im vergangenen Schuljahr das Niveau von 2004 erreicht. Der Grund: Die Zahlen der Unterstützung beim integrativen Unterricht explodieren.

Und nicht nur das: Wenn man sich nur die Kinder mit Sonderschulstatus anschaut – also jene, die besonders viel Förderung brauchen –, ist das Bild noch extremer. Zwar sind heute weniger von ihnen in Sonderschulen als noch 2004. Doch weil auch immer mehr Schüler in normalen Klassen als Sonderschüler gelten und entsprechende Leistungen erhalten, sind Kosten und Betreuungsaufwand in den letzten zwanzig Jahren konstant gestiegen.

Der nachdenkliche Lehrer

Eine Welle an teuren Sonderschülern, die hoch und höher wird: Das ist die andere Grafik (rechte Seite, unten links), die für ein Problem steht, das die Zürcher Bildungspolitik seit der Einführung der integrativen Schule nicht in den Griff bekommt. Der Grund dafür ist laut Experten nicht eine Zunahme an tatsächlichem Förderbedarf, sondern die Überforderung der Lehrpersonen: Weil sie im Unterricht an ihre Grenzen geraten, beantragen sie Sonderschulleistungen, wo sie nur können. Und manche beginnen ganz am integrativen System zu zweifeln. Einem System, in dem gerne und oft nach mehr Geld gerufen wird, grundlegende Reformen aber als tabu gelten.

David Bilkei will nicht missverstanden werden. Der Zürcher Lehrer – seit 12 Jahren dabei, einst als Quereinsteiger gestartet – wählt seine Worte mit Bedacht. Er sei nicht gegen integrativen

Unterricht, sagt er. Er habe als Lehrer an einer Schule mit vielen geförderten Kindern selbst erlebt, dass es funktionieren könne. Aber es sei herausfordernd. Denn: «Bei allen Kindern in Regelklassen – ob förderbedürftig oder nicht – fehlen oftmals grundlegende Kompetenzen, ohne die Lernen gar nicht stattfinden kann.» Die Unfokussierten, die nicht zuhören; die Verträumten, die sich nicht konzentrieren können; die Sensiblen, die Kritik nicht annehmen können: Auch ohne Kinder mit diagnostizierter Lernschwäche oder Verhaltensauffälligkeit sei der Lehrberuf ein Balanceakt zwischen den unterschiedlichsten Bedürfnissen. «Aber statt dass man fragt: «Wie viel Integration ist in diesem Kontext möglich?», stellt man das Prinzip über alles und überlegt erst danach, ob und wie man es überhaupt umsetzen kann», sagt Bilkei.

Für Bilkei ist die gegenwärtige Krise der integrativen Schule nur ein Symptom für ein tiefer liegendes Problem. Denn der Aufstieg der integrativen Förderung in Zürcher Schulen fällt mit einem zweiten Trend zusammen: einer eigentlichen Revolution des Unterrichtsstils und der Lehrerrolle. In dieser modernen Schulwelt sind die Lehrer in Bilkeis Erfahrung weniger Führungsfiguren als «Lerncoaches», findet der Unterricht selbstorganisiert statt, werden Konflikte nicht durch die Androhung von Konsequenzen gelöst, sondern «lösungsorientiert». Das heisst für den Lehrer: Statt der Klasse vorzustehen, ist er quasi ihr Lernberater. Und für die Schüler heisst es: Statt dass ihnen Wissen konsequent vermittelt wird, müssen sie es sich selbständig aneignen.

«Die Verantwortung für das Lernen wird in modernen pädagogischen Modellen an die Kinder delegiert», kritisiert Bilkei. Zwar begrüsst er die Idee, dass Lernfreude und Leistungswille durch Ermutigung aktiviert statt von oben verordnet werden sollen. Doch reiche das eben oft nicht zum Erreichen der Lernziele. Gerade an Kindern mit Förderbedarf zeige sich das. Sie seien mit der Selbständigkeit oftmals überfordert, bräuchten, um in der Regelklasse zu bestehen, klare Anleitung. Und klare Grenzen. «Die Integration ist nicht das Problem», sagt Bilkei. «Es sind die richtigen Rahmenbedingungen, die fehlen.» Ohne einen Systemwechsel – mit stärkerer Klassenführung, mehr Verbindlichkeit und damit auch einer klareren Hierarchie im Klassenzimmer – könne der integrative Unterricht nicht umgesetzt werden, meint Bil-



Anouks Pokal stammt nicht von einem Reitwettbewerb – sie hat ihn sich zu Weihnachten gewünscht.

kei. Er selbst hat nur begrenzte Hoffnung auf einen solchen Kulturwandel. Im Sommer wird David Bilkei deshalb seine Stelle als Lehrer aufgeben.

Für die Zürcher Bildungsdirektion ist ein Fall wie Bilkei ein Problem. Der Lehrermangel ist ohnehin schon akut, der Kanton muss Kündigungen tunlichst vermeiden. Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner schlägt als Lösung des Problems sogenannte Schulinseln vor. Verhaltensauffällige Kinder könnten dort innerhalb des Schulhauses eine Auszeit nehmen, ohne dass ihnen gleich ein Sonderschulstatus aufgedrückt würde, sagte sie kürzlich der NZZ. Die Lehrpersonen hätten damit ein Mittel, um rasch und flexibel auf schwierige Situationen zu reagieren. Das Sorge für Entlastung. So schnell wie grosse Teile der Bevölkerung wollen die Behörden die integrative Schule also nicht aufgeben. Dabei berufen sie sich auf die im Gesetz verankerte Gleichstellung von Behinderten – und auf die Wissenschaft.

Die hoffnungsvolle Expertin

Fragt man Elisabeth Moser Opitz nach der Zukunft der integrativen Schule, erzählt sie erst einmal von deren Vergangenheit. Moser Opitz – Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich – sagt, dass ein Blick auf die Anfänge der Integration in den 1980ern auch die derzeitige Debatte erhellen könne. Damals schrumpften die Schülerzahlen stark. «Weil die Aufhebung von Klassen drohte, haben die Schulen damals in einigen Teilen der Schweiz begonnen, Kinder mit Schwierigkeiten bei sich zu behalten», sagt Moser Opitz. Die Folge: weniger Kinder in Sonderklassen. «Und so schickte man die ehemaligen Lehrpersonen der Sonderklassen in die Regelschulen, um die Kinder dort zu unterstützen.» Wie von allein war der integrative Unterricht entstanden.

Für die Professorin zeigt das: Integration ist in der Schweizer Schule nicht neu, sondern ein bewährtes System, das auch heute insgesamt noch funktioniere. «Die Forschung zeigt klar: Kinder mit Lernschwächen und leichten geistigen Behinderungen lernen im integrativen Unterricht mehr als in der Kleinklasse.» Die Professorin zählt Studie um Studie auf: Schülerinnen und Schüler, die integriert wurden, erreichen demnach höhere Bildungsabschlüsse – und als Folge davon auch höhere Löhne – als vergleichbare Kinder in der Kleinklasse. Und dem



Anouk Åström sitzt auf dem Boden und liest ein Buch.

Lernerfolg der anderen Kinder schadet die Integration erst, wenn ein Kipppunkt erreicht ist und der Anteil von Schülern mit Schwierigkeiten 15 bis 20 Prozent beträgt. Erst wenn es mehr sind, drückt die Integration also auf das Niveau der ganzen Klasse.

Moser Opitz findet: «Viele Lehrpersonen sind überlastet und fühlen sich alleingelassen. Aber die Lösung ist nicht die Einführung von Kleinklassen, das verschiebt das Problem nur.» Eine Haltung, mit der sie im Widerspruch zu grossen Teilen der Bevölkerung steht. Doch auch Moser Opitz meint, es gebe beim heutigen System durchaus Handlungsbedarf. Integration gelinge nur, wenn die Lehrpersonen besser unterstützt würden und es Möglichkeiten zur temporären Separation gebe, sagt sie.

Wichtig sei ausserdem, dass die Mittel gezielter eingesetzt würden. So wie in Luzern, wo die Professorin kürzlich die schulische Integration evaluiert hat. Dort wird die Klassengrösse angepasst, wenn Kinder mit erhöhtem Bildungsbedarf integriert werden. Zudem stehen gemessen an der Schülerzahl mehr Heilpädagogikstunden zur Verfügung als in Zürich. Das Resultat: «Die integrative Schulung ist insgesamt recht gut akzeptiert.» Gleichzeitig werden bei Schülern mit besonders grossem Förderbedarf die Unterstützungsanträge von einer zentra-

lten Stelle geprüft – anders als in Zürich, wo das nicht kantonal erfolgt. Die Folge: In Luzern steige die Sonderschulquote nicht an, sondern bleibe seit Jahren etwa gleich. Statt die grosse Revolution zu versuchen, solle man sich an Beispielen orientieren, in denen es gut läuft. Das, glaubt die Expertin, ist die beste Reaktion auf die gegenwärtige Kritik an der integrativen Schule.

Die Schere geht auf

Wie Moser Opitz bemängeln auch Anouks Eltern den Föderalismus im Zürcher Bildungssystem. Mutter Karin spricht von einer «Lotterie»: Integration hänge heute davon ab, wer in der Schule integriert oder im Gemeindehaus sitze. «Ich konnte Leute, die sind umgezogen, weil es in ihrer Gemeinde nicht funktioniert hat», sagt sie. «Das darf doch nicht sein.» Vater Jörgen sagt: «Es fehlt eine gemeinsame Strategie fürs gesamte Land.» Nach neun Jahren Integration ziehen die Eltern ein durchgezogenes Fazit. Trotz Eins-zu-eins-Betreuung, trotz grosser Unterstützung in der Schule. Anouk sei durch die ständige Begleitung der pädagogischen Mitarbeiterin quasi «in der Integration separiert anstatt inkludiert» gewesen, sagen sie. Die Klassenlehrpersonen standen selten im direkten Kontakt mit Anouk.

Seit letztem Sommer besucht Anouk nun die Heilpädagogische Schule Uster. Die Familie hat erlebt, was viele Betroffene erzählen: Je älter ein Kind wird, je näher der Übertritt in die Oberstufe rückt, desto schwieriger wird die Integration. «Die Schere ist irgendwann aufgegangen», sagt Mutter Karin. Die gleichaltrigen Mädchen hätten völlig andere Interessen, seien geistig, sozial und körperlich auf einem anderen Entwicklungsstand als Anouk. Deshalb sagt sie, die Befürworterin des integrativen Unterrichts: «Die Separation stimmt heute so für uns.»

Die Eltern glauben dennoch weiter an den integrativen Unterricht. Die Zeit in der Regelklasse sei wertvoll gewesen. Anouk habe enorm viel gelernt. Die anderen Kinder waren für sie Zugpferde beim Schreiben, Lesen, Rechnen, aber auch in der sozialen Interaktion. Doch auch die Klasse habe von Anouk profitiert, sind sie überzeugt. «Sie haben erfahren, dass Menschen anders sein können, und dadurch Toleranz und Respekt entwickelt», sagt Vater Jörgen.

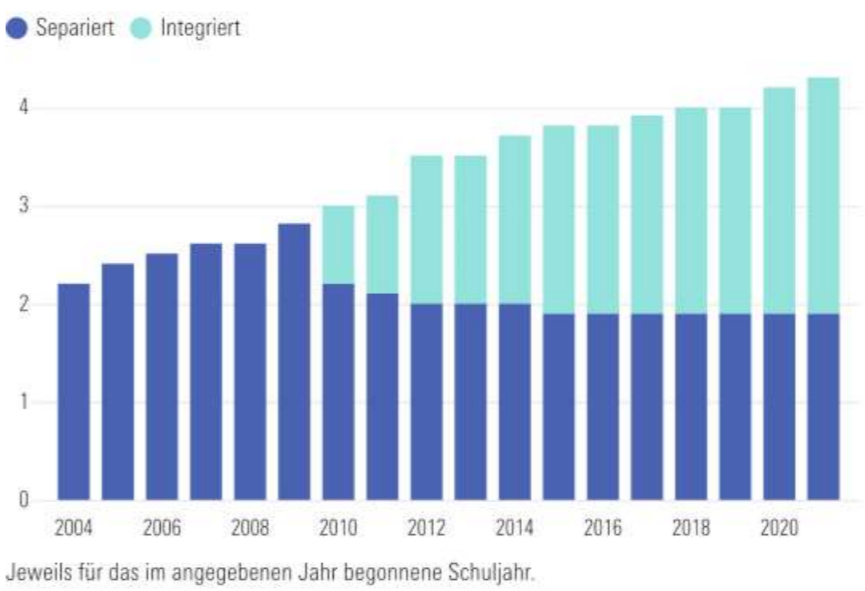
Wie man den Schulalltag für Kinder und Eltern, Lehrpersonen und Heilpädagoginnen verbessern könnte, finden auch Åströms schwierig zu beantworten. «Wir haben auch kein Rezept für eine gelungene Integration», sagt Mutter Karin – und spricht damit der gesamten Zürcher Bildungspolitik aus der Seele.

Die grösste – und umstrittenste – Gruppe sind die Kinder dazwischen: jene mit einer mittelschweren Beeinträchtigung, die zu schwierig für die Klassenlehrer, aber zu wenig ernst für den Sonderschulstatus ist. Dazu gehören etwa eine Lernschwäche oder gröbere Verhaltensauffälligkeiten, zum Beispiel ausgelöst durch ADHS. Diese Kinder bleiben in der Verantwortung der Regelschule, erhalten jedoch ebenfalls sonderpädagogische Unterstützung. Diese kann separiert in Form von Unterricht in Kleinklassen oder integriert durch den Besuch von schulischen Heilpädagogen erfolgen.

In Zürich entscheidet jede Schulgemeinde selbst, welches Modell sie wählt, und erhält dafür vom Kanton einen Pauschalbetrag. Nur sechs Gemeinden haben sich für das Modell Kleinklasse entschieden – vorwiegend solche wie Regensdorf oder Dietikon in der weniger wohlhabenden Agglomeration von Zürich.

Mehr Sonderschüler, aber weniger Sonderklassen

Sonderschulungsquote nach Schultyp, in Prozent

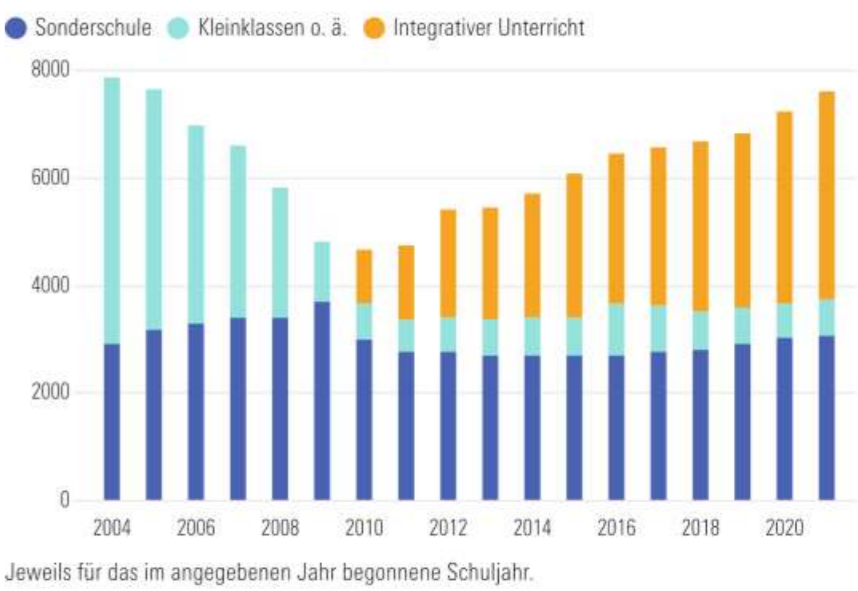


Jeweils für das im angegebenen Jahr begonnene Schuljahr.

QUELLE: BILDUNGSSTATISTIK KANTON ZÜRICH

Weniger Kleinklassen, mehr Integration

Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Art der sonderpädagogischen Massnahme



Jeweils für das im angegebenen Jahr begonnene Schuljahr.

QUELLE: BILDUNGSSTATISTIK KANTON ZÜRICH

NZZ / sgi